Liebe Kolleginnen und Kollgen,

Lieber Zuhörerinnen und Zuhörer,

Transparenz / Demokratie

Ich gebe zu: Als neue Stadträtin habe ich den Haushaltsentwurf nicht zu 100 % verstanden. Und das, obwohl ich mich in Statistik auskenne. Und das, obwohl mir als Stadträtin die Verwaltung bereitwillig Rede und Antwort steht. Es liegt an der komplexen Darstellung der komplexen Zusammenhänge. Die Verwaltung kennt sich durch ihre hauptamtliche Arbeit und mehr Hintergrundwissen besser aus und dominiert damit die Haushalts-Gestaltung. Wie sollen aber politik-interessierte BürgerInnen da auch nur eine Chance haben durchzublicken? Die Erlanger Linke wollte, dass der Haushalt auf offenerhaushalt.de hochgeladen wird. Das ist eine Plattform, die Einnahmen und Ausgaben sowie Verhältnisse in Farben und Diagrammen verständlich dargestellt hat. Leider hat das Projekt seine Arbeit eingestellt. Wir gehen aber fest davon aus, dass die Verwaltung (eventuell in Verbindung mit anderen Städten) dazu in der Lage ist, den Haushalt selber in diesem Niveau aufzuarbeiten, wenn der politische Wille dafür da wäre. Den können wir bei der Stadtspitze nicht feststellen.
Gilt der Satz *»Der Haushalt ist der Nerv des Staates. Deshalb muss er vor den profanen Augen der Untertanen verborgen bleiben.«* immer noch. wie im 17. Jh. in Frankreich? Man muss sich die entsprechenden Dateien auf ratsinfo.de schon sehr zusammen suchen. Auch dann bleibt es schwer nachvollziehbar wer was wann beantragt hat. Interessierte Außenstehende sehen nur die Änderungen. Eine Liste der ÄA wäre zwar lang aber übersichtlicher. Im 21. Jh. sollte es sowohl *Staats- als auch Stadtspitze* möglich sein den Haushalt transparent und verständlich, statt intransparent und unverständlich zu präsentieren.

Aber in Erlangen legt die Stadtspitze auch keinen Wert auf eine Informationsfreihheitssatzung. Letztere würde einen grundsätzlich freien Zugang zu Informationen, die bei der Stadt ~~oder ihren Eigenbetrieben im eigenen Wirkungskreis~~ vorhanden sind gewähren. Als einzige Stadt mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Bayern hat Erlangen keine.

Diese auf Blockade ausgerichtete Grundhaltung zeigt sich bereits in der ganzen bisherigen Stadtratsperiode. Zu Beginn wurden Verhandlungen geführt. Die ex- und aktuelle Standt-Spitzenpartei versprach eine offene Gesprächskultur mit allen demokratischen Parteien. Stattdessen verhält sie sich aber mit ihrer Partnerin wie in einer Koalition. Obwohl sie sich ja nach außen als lockere Kooperation bezeichnen. Sie lehnen wie aus Prinzip Anträge der anderen Stadtratsgruppen ab. Die "lockere Kooperation" hat sich als strikte GroKo herausgestellt, die alles im Hinterzimmer ausmacht.

Dieser Geist beherrscht auch die Corona-Pandemie. Der Stadtrat tagt halbiert, Ausschuss- und Beiratssitzungen entfielen. Wie wir aus gewerkschaftlichen Kreisen erfahren mussten geht auch die städtische Ordnungsbehörde repressiv gegen Kundgebungen vor. Dabei verträgt die Demokratie keinen Shutdown! Kundgebungen und auch Sitzungen von Stadtrat, Ausschüssen und Beiräten dürfen nicht gestrichen oder halbiert werden, sondern müssen mit geeigneten Vorsichtsmaßnahmen – d.h. dann auch teilweise online - infektionssicher in der Pandemie durchgeführt werden.

Kultur + Klima

Auch Läden leiden unter den Schließungen und Einschränkungen. Der City-Gutschein war eine gute Idee, aber man müsste ihn verbilligt an Menschen mit Erlangen-Pass ausgeben, und das Angebot ausweiten auf Soloselbständige, Künstlerinnen und Künstler, sowie Kulturschaffende. Damit können diese einen Teil ihrer Einnahmeverluste kompensieren und Inhaberinnen und Inhaber des Erlangen-Pass wird mit dieser indirekten Hilfe über die Härten der Pandemiesituation geholfen.
Das kostet natürlich Geld. Daher sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass unsere Forderung nach einer Gewerbesteuererhöhung mit besonderem Verweis auf die Corona-Krise von versch. kapitalnahen Parteien, zu denen auch alle hier vertretenen großen Fraktionen gehören, abgelehnt wurde.
Dazu eine Anmerkung: Eine Gewerbesteuererhöhung würde Unternehmen, die durch die Corona-Krise in den Verlustbereich rutschen, nicht betreffen, da die Gewerbesteuer auf den Gewinn erhoben wird.

Auch für den Kampf gegen die Klimakatastrophe brauchen wir Geld. Deswegen wird von verschiedenen Fraktionen, der Initiative Klimaentscheid aber auch der Verwaltung selbst der Bedarf nach weiteren Stellen für den Klimaschutz insbesondere im Umweltamt angemeldet. Hier müssen wir die bitter nötigen Stellen im Umweltamt schaffen. Ohne die Stellen wird das selbst gesteckte Klimaziel mutwillig verfehlt. Da fällt der großspurig angekündigte Klimaaufbruch ins Wasser!

Grundsätzlich braucht es für eine sozial gerechte Bekämpfung des Klimawandels auch landes- und bundespolitische Maßnahmen. Wo wir auf Probleme stoßen, bei denen Bund und Land uns keine Entscheidungsspielräume lassen, müssen wir laut und deutlich gegen solche Missstände öffentlich auftreten. Die Parteien, die die Stadtspitze stellen bilden auch die Bundesregierung und tragen deren Kurs leider auch mit!

Corona-Helden

Die Politik, die sich nicht gerade für Beschäftigte einsetzt zieht sich hier vom Großen ins Kleine weiter: Wie wäre es mit mehr Geld für die Menschen in der Pflege und dafür Beifall für die Lufthansa? Denn Beifall können die, die die Gesellschaft in der Krise tragen, nicht in Geld oder Lebensqualität umtauschen. Hier stimmen mir sicher einige zu, aber bei der **Tarifrunde** im TVöD wollte die Stadtratsmehrheit den kommunalen Arbeitgeberverband noch nicht einmal dazu aufzufordern, überhaupt ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch zu legen.
Und eine **Erlangen-Zulage** nach Münchner Vorbild - also mehr Geld für städtische Berufe, die in ER dringend Verstärkung brauchen - wurde abgelehnt.
Zusammen mit andern Bürgermeistern und Landräten versuchte der Oberbürgermeister die Regeln für **verkaufsoffene Sonntage** aufzuweichen. Das hatten zuvor bereits Gewerkschaften und Kirchen vor Ort deutlich zurückgewiesen. "Man kann nicht auf der einen Seite den Angestellten im Einzelhandel applaudieren und bessere Arbeitsbedingungen fordern und auf der anderen Seite die Regelung zum Schutz des freien Sonntags in Frage stellen" lautet die kirchliche Kritik. Auch hier stellten sich die selbsternannten christlichen und sozialen Parteien gegen unseren Antrag, den Vorstoß zurück zu weisen.
Die **VHS-Angestellten** bekamen entgegen der Forderungen von Gewerkschaft und Dozierendenvertretung auch zu wenig Unterstützung in der Krise: Dafür kann der Leiter nichts, aber die Stadtratsmehrheit umso mehr, denn die hat eine Weiterzahlung für ausnahmslos alle Honorare im Shutdown abgelehnt.

Wohnen

Vor fast zwei Jahren (20 Monaten) beschloss der Stadtrat auf großen öffentlichen Druck, das Leerstehen lassen von Wohnungen oder andere Formen der Zweckentfremdung zu verbieten. Ohne Personal wurde das natürlich nicht durchgesetzt. Erst im Haushaltsentwurf 2021 waren eineinhalb Stellen vorgesehen, die mit viel Glück im Herbst, also nach fast 2,5 Jahren (28 Monate) die Arbeit aufnehmen können. Es ist eine sehr knappe Minimalbesetzung, um dieses Verbot durchzusetzen. Aber selbst davon hat der Ausschuss den Außendienst wieder gestrichen. Die CSU hat halt ein Herz für Immobilienkonzerne.

Soziales

Selbst die Corona-Pandemie konnte CSU und SPD nicht dazu bewegen, von ihrer nicht gerade armenfreundlichen Politik abzulassen. Der DGB, der paritätische, ver.di, die Partei DIE LINKE und tacheles, fordern alle spürbare **Erhöhungen der Sozialleistungen**. Warum? U.a. die Nahrungsmittelpreise, insbesondere die Gemüsepreise, sind in der Krise angestiegen. Musste selbst im Frühjahr auf Grünzeug

aus der TK umsteigen, hätte lieber Frisches gekauft. Unser Antrag dazu wurde mit einer juristischen Begründung abgelehnt. Ein Wille, Wege zu finden war nicht erkennbar. Nicht verwunderlich. Auf Bundesebene sehen die beiden Parteien auch davon ab die Regelsätze wirksam zu erhöhen. Hier könnten sie es zweifellos rechtlich gesehen.

Im **Bereich Verkehr** wurde es versäumt NBG nachzuziehen. Dort wurde zum 01.01. auf Druck eines maßgeblich von der Partei DIE LINKE initiierten Bürgerbegehrens das Sozialticket für 15 € monatlich ohne Ausschlusszeiten eingeführt. Zwei Jahre später kommt dann das 365-Euro-Ticket. Erlangen dagegen hat immer noch die höchsten Preise im ganzen VGN. Ein Monatsticket ohne Ausschlusszeiten kostet für Erlangen Pass InhaberInnen 35 €. Unser Antrag auf eine Absenkung wurde abgelehnt. Diese Preisstruktur ist nicht besonders vorbildlich.

Erlangen nimmt auch für sich in Anspruch, vorbildlich mit **Hartz-IV-Sanktionen** umzugehen. Nun ja. Vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts forderten Beratungsstellen ein Sanktionsmoratorium. Der Stadtrat lehnte ab. Das Urteil entlarvte harte Sanktionen (Kürzungen über 30 % des Regelssatzes) als verfassungswidrig. Die Parteien der Stadtspitze haben es mitgetragen, dass millionenfach die Menschenwürde verletzt wurde.
Nun ja. Die Belange armer Menschen interessieren nicht. Zum Abschluss eine kleine, kommunale Sache: Menschen die Empfangsbestätigungen für abgegebene Dokumente brauchen, bekommen sie im Moment nicht. Aus der Hartz-IV-Beratung kennen wir aktuelle Fälle, bei denen es notwendig gewesen wäre eine Eingangsbestätigung zu haben. Aber selbst in solch kleinen, zweifellos kommunalen Angelegenheiten fährt die Stadtspitze weiter eine Blockadehaltung.

Der Stellenplan bekommt die Zustimmung der Erlanger Linke. Der vorliegende Haushalt aber schreibt die intransparente, klimaschädliche, beschäftigtenfeindliche sowie unsoziale Politik der Stadtregierung fort und bietet keine adäquate Antwort auf die Corona-Krise. Wir werden den Haushalt daher ablehnen.